



Audit Committee Quarterly

IV/2023

DAS MAGAZIN FÜR CORPORATE GOVERNANCE

**Audit Committee
Institute e.V.**

Gefördert durch



Reinhard Bütikofer:
It's economic security, stupid!

»DIE ZUKUNFT HÄNGT DAVON AB,

WAS WIR HEUTE TUN.«

Mahatma Gandhi



Neue

Weltordnung

Audit Committee Institute e.V. (ACI)

THE SQUAIRE • Am Flughafen 60549 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 9587-3040 Fax +49 1802 11991-3040
E-Mail aci@kpmg.de www.audit-committee-institute.de

It's economic security, stupid!

Autor: **Reinhard Bütikofer**

Als Ursula von der Leyen im März 2023 zum ersten Mal von einer europäischen Wirtschaftssicherheitsstrategie sprach, geschah dies nicht zufällig im Rahmen ihrer wegweisenden Rede zum Verhältnis zwischen der EU und China. Chinas Entwicklung zwingt uns eine solche Debatte auf. Kurz bevor Frau von der Leyen zusammen mit Präsident Macron nach China aufbrach, betonte sie die Notwendigkeit einer Neuvermessung der wirtschaftlichen Beziehungen mit China. Schnell machte das Schlagwort »de-risking« dann als Leitgedanke der neuen Herangehensweise die Runde. Neben der Problematisierung bereits bestehender Überabhängigkeiten gegenüber China legte die Kommissionspräsidentin großen Wert auf die Gefahr, dass die EU bei Hochtechnologien wie Mikroelektronik, Quantum Computing, Robotics, künstlicher Intelligenz, Biotechnologie ins Hintertreffen geraten könnte. Gerade dort, so argumentierte die Kommissionspräsidentin, wo nicht ausgeschlossen werden kann, dass solche Technologien auch aggressiven militärischen Zwecken dienen oder dabei helfen würden, in autoritären Regimes Menschenrechte noch effektiver zu unterdrücken, müsse man unsererseits besonders genau hinschauen.



EU-Strategie für wirtschaftliche Sicherheit

Aus den ersten Ideen entstand in überraschend kurzer Zeit eine strategische Skizze, die am 20.6.2023 präsentiert wurde. Das Technologie-wettrennen zwischen China und dem Rest der Welt, die begrenzte Verfügbarkeit von medizinischen Hilfsmitteln in der EU während der Coronapandemie oder die böse Gasabhängigkeit von Russland angesichts von Moskaus unprovokiertem Angriffskrieg gegen die Ukraine, all das waren Erfahrungen, die dabei einfließen. Wo durch Kriege wie in der Ukraine und Spannungen wie im Südchinesischen Meer oder in der Taiwan-Straße bisher vermeintliche Verlässlichkeit von Lieferketten infrage gestellt wird oder autoritäre Mächte Abhängigkeiten nutzen, um ökonomischen Druck auszuüben, wie etwa im Falle Australiens oder Litauens, ist es höchste Zeit für eine strategische Neuausrichtung. Wirtschaftliche Sicherheit bedeutet dabei im Wesentlichen, die ökonomische Dimension von nationaler und europäischer Sicherheit zu stärken.

Die EU-Strategie zur ökonomischen Sicherheit¹ entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie ist vielmehr auch inspiriert von ähnlichen Ansätzen aus den USA und aus Japan. Indem die G7 beim Hiroshima-Gipfel im Mai 2023 eine erste gemeinsame Definition von wirtschaftlicher Sicherheit formulierte, betonte sie die Notwendigkeit einer ernsthaften Auseinandersetzung über ökonomische Widerstandsfähigkeit und technologische Souveränität.

Promote – Protect – Partner

Die EU definiert ihre Strategie mit einem Dreiklang aus »promote – protect – partner«. Die europäische Wettbewerbsfähigkeit soll durch eine Stärkung des Binnenmarkts erhalten und ausgebaut werden, aufbauend auf einer Reihe von Instrumenten, die in den vergangenen Monaten erarbeitet wurden: Der *Chips Act*² oder der *Critical Raw Materials Act* sind dabei nur zwei von vielen Rechtsakten, die industriepolitische Zielsetzungen mit konkreten Fördermaßnahmen erreichen wollen. Der technologische Vorteil, der im globalen Wettbewerb über Wohl oder Wehe entscheidet, muss gerade in strategisch ausgewählten Bereichen forciert werden. Die aktuell laufende Risikobewertung soll zu kluger Prioritätensetzung verhelfen, die das bisherige Gießkannenprinzip ablöst.

Geschützt werden sollen anfällige Lieferketten durch Resilienzmaßnahmen, aber auch durch Handelsschutzinstrumente, wie das kürzlich in Kraft getretene *Gesetz gegen ökonomischen Zwang (Anti-Coercion Instrument)*. »Protect without protectionism« muss dabei die Devise sein. Risiken können und müssen gemindert werden, bspw. durch diversifizierte Lieferketten und Vorsicht bei ausländischen

1 Siehe https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-ansatz-fur-wirtschaftliche-sicherheit-der-eu-2023-06-20_de

2 Siehe hierzu Audit Committee Quarterly II/2023, S. 24 f.



Reinhard Bütikofer gehört seit 2009 dem Europäischen Parlament an. Er ist Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET). Dazu ist er stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Internationalen Handel (INTA). Außerdem ist er Vorsitzender der China-Delegation, Mitglied der USA-Delegation und stellvertretendes Mitglied in der ASEAN-Delegation.

Direktinvestitionen in kritische Infrastruktur. Hier werden wir durchaus überlegen müssen, im Rahmen einer Reform des Investments-Screenings europäische Investitionen in Drittstaaten auch einer Prüfung zu unterwerfen, um den unbeabsichtigten Ausverkauf von Know-how und Technologievorteilen zu vermeiden. Die USA haben einen eigenen Ansatz («small yard – high fence») zum Schutz eigener Technologie gegenüber China gewählt und auch in Brüssel wird über das sog. »outbound investment screening« diskutiert, was das Europäische Parlament schon seit geraumer Zeit fordert.

Der dritte Aspekt, der partnerschaftliche, scheint mir der wichtigste. Denn nur, wenn wir mit ähnlich gesinnten Partnern weltweit auf Augenhöhe zusammenarbeiten, macht die Strategie insgesamt Sinn. Eine wichtige Rolle sollte dabei die **Global Gateway Initiative** spielen, also die Idee, aus Europa heraus in Verbindung mit Partnern durch ein Netz von »trusted connectivity«-Initiativen eine Alternative zu Chinas Seidenstraßen-Initiative anzubieten. Global Gateway hat nach einigen Startschwierigkeiten in diesem Jahr an Fahrt aufgenommen. So können bspw. im Rahmen des Lobito-Korridor-Projekts Investitionen im Kongo zur Gewinnung von kritischen Rohstoffen unterstützt werden, wobei gute Umwelt- und Arbeitsschutzstandards dazu beitragen sollten, eine lokale und nachhaltige Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen, von der beide Seiten profitieren. Ähnliches gilt für das Tiefseekabel zwischen Europa und Brasilien, für die Idee eines Far North Fiber Project zwischen Finnland und Japan oder für ein Wasserkraftreservoir in Vietnam. Eine weitere Dimension könnte der am Rande des G20-Gipfels in Indien verabredete **India-Middle East-Europe Corridor (IMEC)** darstellen.

Kritik aus der Wirtschaft

Wie nicht anders zu erwarten, wird die Arbeit an einer EU-Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit durchaus auch kritisch beäugt. Besonders einige Großkonzerne haben deutliche Reserviertheit signalisiert. Wirtschaftliche Sicherheit bedeutet keineswegs dasselbe für unterschiedliche Akteure: Multinationale Konzerne, kürzlich erst Mercedes, interpretieren die Suche nach wirtschaftlicher Sicherheit nicht von vorneherein im Gleichklang mit den politisch Verantwortlichen auf nationaler oder europäischer Ebene. Weniger durch Diversifizierung als durch noch mehr Investitionen in China, welches aus der Warte dieser Unternehmen nach wie vor wirtschaftlich besonders vielversprechend erscheint, wollen sie sich im Wettbewerb wappnen. CEO Källenius sagte z. B.: »For us, de-risking doesn't mean reducing our presence in China but increasing it.« Die nationalen Sicherheitsprioritäten, für die wachsende wirtschaftliche Abhängigkeiten Anlass zur Sorge bieten, scheinen bei solchen Perspektiven kaum eine Rolle zu spielen. Dabei hat erst vor Kurzem das russische Beispiel gezeigt, wie riskant es ist, ökonomisch zu sehr auf einen autoritären Akteur zu setzen: Aus der massiven Energieabhängigkeit von Russland kann sich Europa nur mit größter Mühe befreien. »Once bitten, twice shy« sollte eigentlich die plausible Maxime sein.

Manche Firmen haben so viele Eier in den chinesischen Korb gepackt, dass sie glauben, den einmal eingeschlagenen Pfad nicht verlassen zu können. Sie könnten aber unsanft erwachen, wenn China seinerseits auf ökonomische Konfrontation bzw. auf ökonomische Abkopplung schaltet. Dass China schon seit geraumer Zeit, man erinnere sich an »Made in China 2025« oder an die »Dual-Circulation«-Strategie, die ökonomische Zusammenarbeit oder die Verweigerung derselben hegemonialen politischen Zielen unterwirft, ist für jeden, der Augen hat, zu sehen, offenkundig. Dabei ist China auch bisher vor durchaus hartem »de-coupling«, wo es vorteilhaft erschien, nicht zurückgeschreckt.

Wirtschaftliche Sicherheit braucht einen »Team Europe«-Ansatz

Wirtschaftliche Sicherheit kann natürlich nicht nur durch Defensiv-Spiel erreicht werden, wir müssen auch in die Offensive gehen. Dazu braucht Europa einen vertieften gemeinsamen Markt und eine ambitionierte Industriepolitik. **Die externen Kosten im Bereich wirtschaftlicher Sicherheit müssen ebenso wie die externen Kosten des Umwelt- und Klimaschutzes durch geeignete Instrumente ökonomisch internalisiert werden.** Um gute Wirkung entfalten zu können, braucht die europäische Wirtschaftssicherheitsstrategie zudem eine solide institutionelle Basis. Das erfordert einen »Team Europe«-Ansatz. Sinnvoll wäre etwa ein finanzieller Sondermechanismus für wirtschaftliche Sicherheit, eine europäische Zeitenwende-Fazilität für unsere gemeinsame Wirtschafts- und Industriepolitik. Auch ein strategisches Observatorium, welches die möglichen Auswirkungen von Chinas Politik auf Europa systematisch analysiert, wäre hilfreich. Und nicht zuletzt wäre die Schaffung eines Sonderbeauftragten für Global Gateway sinnvoll, der diesem geostrategischen Zentralinstrument Gesicht und Stimme verleiht. Das sind viele Aufgaben für das nächste Europäische Parlament und die nächste Europäische Kommission. Aber wir schaffen das: »heads, hearts and hands to promote, protect and partner«.